

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Freitag, 6. Dezember 1935

Nr. 284

Schärfste Verurteilung der SdP durch den Ministerpräsidenten:

Ihr seid nicht die Nation Eure Sprache versteht die tschechoslowakische Demokratie nicht

Die Rede, die der Ministerpräsident Donnerstag vor dem Abgeordnetenhaus gehalten hat und die als eine Regierungserklärung gewertet wird, erhält für die Deutschen der Republik eine besondere Note durch die Worte, die Dr. Hoda an die Vertreter der Sudetendeutschen Partei Konrad Henlein gehalten hat. War schon die Antwort des Ministerpräsidenten auf die neuen persönlichen Anbiederungsversuche Konrad Henleins eindeutig gegen die merkwürdigen Methoden gerichtet, die der Statthalter Hitler in die Politik der Tschechoslowakei einführen will, so ist die Rede Hoda im Abgeordnetenhaus auch eine scharfe und nicht mißverständliche Ablehnung der gesamten Ideologie der SdP.

Damit wird unter die bisherige Debatte um die SdP, die der Budgetausschuß abgeführt hat, ein kräftiges Siegel gedrückt. Die Ausführungen nicht nur der deutschen Gegenredner der SdP, insbesondere des Genossen Taub, sondern auch der meisten tschechischen Parlamentarier, waren eine vernichtende Aburteilung des sudetendeutschen Hitlerismus, den die tschechische Nation in ihrer Gesamtheit — von der kleinen faschistischen Sekte Hoda abgesehen — für verhandlungsunfähig erklärt. Die Worte des Außenministers Dr. Benes waren eine scharfe Zurückweisung der SdP, die Abgeordneten der tschechischen Linken rissen der SdP die demokratische Tarnkappe herunter. Aber weit schwerer noch als das trifft Henlein ohne Zweifel die Erklärung Hoda.

Man darf wohl aussprechen, was die SdP in kaum mehr verheimlichen konnte, daß sie nämlich gerade auf Dr. Hoda große Hoffnungen gesetzt hatte. Mit der ihnen eigenen manischen Art, aus allem nur das herauszuhören, was ihnen genehm ist, in der Ueberschätzung ihrer Ideen und der Ueberzeugungskraft ihrer Worte, haben die Henleinleute gemeint, aus manchen Äußerungen des neuen Ministerpräsidenten, dem der Ruf eines „rechtsgerichteten“ Politikers vorausging, den man oft den Gegenspieler Beneds genannt hat, auf besondere Sympathien für Hitler und Henlein schließen zu können. Nun zeigt sich, daß die Henleinleute keine Ahnung von der Weltanschauung und Denkart eines tschechoslowakischen Politikers haben, für den rechts und links auch heute noch mehr andere Begriffe sind als für Hitler und Walter Brand, der nicht aufhört, eurobäisch, humanistisch, demokratisch zu denken, auch wenn er dem wirtschaftlichen Liberalismus als Feind gegenübersteht, wenn er in manchen Punkten den sozialistischen Ideen scharf widerspricht. Ein europäisch denkender „Rechts“ steht einem deutschen Linken doch in vielen Fragen näher als einem deutschen Rechten, will sagen einem grundsätzlichen Anti-Europäer, einem Blutwüster und Mythos-Anbeter Rosenbergscher Prägung.

Dr. Hoda hat sich gegen den Totalitätsahn der Henleinpartei gewandt und ihr das Recht bestritten, im Namen der Nation zu sprechen. Er fordert von ihr, daß sie sich als Partei unter Parteien bekenne, daß sie die demokratische Institution der Parteien als Mittel des Volkswillens anerkennen müsse, daß sie sich geistig und politisch mit den Ideen der tschechoslowakischen Demokratie abfinde, Ideen, die nun einmal sehr greifbare Tatsachen von höchstem Wichtigkeitswert sind.

Eine Hoffnung Henleins bricht zusammen. Hatte er, hatten seine Hintermänner und Ratgeber gerade von Hoda erwartet, daß er die SdP mit offenen Armen aufnehmen werde, hatten sie sich in der Hoffnung gewiegt, er brenne darauf, die Linke aus der Regierung zu verdrängen, um die große Reichscoalition von Stöhr über Stoupal und Sknka zu Wosch und Peters zu schmieden, so müssen sie jetzt erkennen, daß diese Hoffnung getrogen hat. Es ist eine Illusion, daß die SdP in ihrer heutigen Gestalt mehr als eine unfruchtbare Agitationspartei werden könnte. Wenn sie den Weg, der ihr seit langem vorschwebt, zu Ende gehen will, wird sie sich grundfänglich und in den Methoden wandeln müssen. Damit aber wendet sie wieder das, was ihr die große suggestiv-

Wirkung unter Kleinbürgerlichen Massen des Sudetendeutschtums sicherte: den Nimbus, die sudetendeutsche Hitlerpartei zu sein. Henlein wird — das ist Hoda's Rede mit aller wünschenswerten Deutlichkeit — zwischen Hitler und Hoda optieren müssen und so oder so wird er damit die entscheidende Krise seiner totalitären Waffenbewegung vorbereiten.

Dr. Hoda führte u. a. aus:

Es gehört schon zu den Traditionen der tschechoslowakischen Staatspolitik, daß sie die Ringerheitenfragen in Uebereinstimmung mit den staatlichen, nationalen und demokratischen Interessen löst. Wir fürchten kein Forum, weder zu Hause, noch in der internationalen Politik, wenn wir behaupten, daß dieses historische und in die Schicksale Mitteleuropas so tief eingreifende Problem von der Tschechoslowakei in ihrer staatspolitischen Praxis in einer Art gelöst wird, die vollkommen den gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen des Staates zu seinen Minderheiten entspricht.

In der Regelung der Verhältnisse der Minderheiten in Zeichen des Friedens und der Mitarbeit erblickt die Regierung ihre selbstverständliche Aufgabe. Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie alle Probleme ihres Staates mit demokratischen Methoden löst. Ich kenne kein nachahmenswertes Beispiel einer Minderheitenpolitik in den undemokratischen Regimen.

Gerade der Demokratismus und die demokratische Methode ist der einzige Weg, der in der positiven Minderheitenpolitik zum Ziele führt. Diesen Weg gingen die deutschen faktiblistischen Parteien, dieser Weg hat zur engsten Zusammenarbeit mit den tschechoslowakischen Parteien geführt und sich im Interesse des Staates vollbewährt.

Anderes gestalten sich jetzt die Beziehungen der verantwortlichen Faktoren dieses Staates zu der sogenannten Sudetendeutschen Partei, die allerdings in unzähligen Kundgebungen ihre lokale Beziehung zur tschechoslowakischen Staatslichkeit betont hat, die sich jedoch geistig und politisch noch nicht zu jenem Demokratismus orientieren konnte, der gerade das

unerschließliche Bindeglied zwischen allen Nationalismen in Mitteleuropa ist.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei im Budgetausschuß hat seine These sehr klar gestellt. Er erklärte, er wolle von Nation zu Nation sprechen, und führte Beschwerde, daß der Sprecher des deutschen Nationalismus keinen Partner bei den Tschechen und Slowaken finde, weil diese keine einheitlichen nationalpolitischen Gruppen bilden, sondern auf ihrer gegenwärtigen parteipolitischen Schichtung beharren. Es melde sich das einheitliche Deutschtum, es finde aber auf tschechoslowakischer Seite statt einer einheitlichen Nation bloß politische Parteien.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei betritt hier zwei Wege, von denen weder der eine noch der andere zu uns führt.

Der eine deshalb nicht, weil er die politischen Tatsachen bei der deutschen Minderheit verkennet. Es ist doch die Sudetendeutsche Partei nicht der einzige berechtigte Wortführer der deutschen nationalen Aspirationen in diesem Staate. Er kann daher nicht im Namen der ganzen deutschen Minderheit sprechen.

Ganz bestimmt wird jene ungewöhnliche Ideologie nicht zur tschechoslowakischen Demokratie führen, nach der wir die Sudetendeutsche Partei als Nation anerkennen sollten, welche keinen gleichen Partner auf tschechoslowakischer Seite findet, wo sich keine politische Gruppe für die ganze Nation hält, sondern einfach für das, was sie in Wirklichkeit ist, für einen Teil der Nation.

In der Demokratie gilt nämlich weder das Prinzip noch die Methode: „Ein Teil fürs Ganze“ „pars pro toto“. Die Demokratie sucht, wenn sie auch in letzter Instanz zum Prinzip der Mehrheit greifen muß, in ihrem eigenen Interesse den Grundsatz zu verwirklichen,

daß bei der Bildung des kollektiven Willens bei den Nationen oder Staaten jeder das Recht hat, sich durch Vermittlung seiner politischen Gruppe zur Geltung zu bringen, und daß niemand das Recht hat, seinen Willen oder seine Ansicht schwächeren Gruppen aufzuzutreiben. Dabei beruht das tschecho-

slowakische Wahlrecht auf der verhältnismäßigen Vertretung.

In der tschechoslowakischen Demokratie wird die politische Partei als der unentbehrliche Mittler zwischen dem einzelnen und dem Staat angesehen. Es ist daher in unserer Demokratie die politische Partei das unentbehrliche Bindeglied des repräsentativen Systems.

Wenn also der Sprecher der Sudetendeutschen Partei seine Gruppe als Nation ansieht, dann lautet unsere Antwort: Ihr seid keine Nation, Ihr seid eine politische Partei.

Wenn der Sprecher der Sudetendeutschen Partei Beschwerde führt, daß er keinen Partner in jener Nation finde, mit der er namens seiner Nation sprechen will, dann muß er sich damit befassen, daß im tschechoslowakischen innerpolitischen System es sich nicht um rechtsbildende Diskussionsfragen von Nation zu Nation handelt, da in dieser Richtung unser innerpolitisches Problem unsere Verfassung gelöst hat. Was möglich und was ganz wünschenswert ist, das ist der Austausch der Ansichten mit den Komponenten des demokratischen Systems, von denen man keine einzigen befreien kann, daß sie das Recht hat, ihre nationalen Forderungen nach der Weltanschauung derjenigen, die sie vertritt, zu formulieren.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei hat zu uns in der Sprache der Totalität gesprochen. Diese Sprache versteht die tschechoslowakische Demokratie nicht. Möge er zu uns demokratisch sprechen, demokratisch handeln, dann könnten wir ihn verstehen.

Wenn ich zu der Darlegung des Sprechers der Sudetendeutschen Partei im Budgetausschuß diese Anmerkung mache, geschieht dies nicht aus Gründen reinen Formalismus. Der Tschechoslowake ist die Demokratie nicht bloßes Schlagwort, sondern die einzige Lebensform. Der Demokratismus, und zwar der Welt Demokratismus, war gleichzeitig mit unseren nationalen und militärischen Energien die mitentscheidende Komponente der Erneuerung unserer staatlichen Selbständigkeit, und wieder führt auch der Weg durch die Demokratie zu seinem Aufstieg und seiner Kraft. Uns ist Demokratie keine entlehnte Ideologie, sondern eigenes geistiges Wesen, das in unserer Geschichte und in ihren Kämpfen um die Freiheit und das Menschtum der Einzelnen und der Gesellschaft und jetzt in unserer gesellschaftlichen Schichtung und in ihrem Geist verankert ist. Es ist also die Demokratie die geistige Grundlage des tschechoslowakischen staatspolitischen Systems. Der Demokratismus führte uns zur richtigen Minderheitenpolitik.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei sollte seine Konnotationen davor warnen, dieses demokratische System und diese demokratische Verfassung der tschechoslowakischen Regierungssysteme in irgendeiner Weise in Zweifel zu ziehen, weil es für die Minderheit sicherlich wenig vorteilhaft wäre, wenn die Mehrheit die Totalitätsideologie übernehme, die sie so entschieden zum Glück der Zivilisation und der inneren Konsolidierung dieses Staates abgelehnt hat.

Die Führer des Faschismus, neuestens auch die Führer des reichsdeutschen Nationalsozialismus, haben sich bereits wiederholt dagegen verwahrt, daß ihre politischen Systeme „Ausfuhrartikel“ sein sollten.

Ich werde daher Verständnis bei allen finden, wenn ich, als tschechoslowakischer Demokrat, namens aller erkläre, daß weder der Faschismus noch die Ideologie des deutschen Nationalsozialismus ein Importartikel ist noch sein wird.

Ich richte an alle, welche durch die parlamentarische Demokratie in diesem Staate zu Worte kommen, das Ersuchen, ihre Bewegung und deren inneren Charakter organisch in die demokratische Verfassung unserer Staatlichkeit einzufügen.

Auf dem Boden der tschechoslowakischen Staatlichkeit ist schon lange auch der Demokratismus

Laval im Kreuzfeuer Attacke der Linken gegen die Ligen

Paris. Die hochpolitische Kammerdebatte über die faschistischen Ligen wurde Donnerstag unter gewitterschwüler Stimmung des Hauses fortgesetzt.

Die Rechte schickte den blinden Deputierten Raft vor, der sich entschieden gegen die Auflösung der faschistischen Verbände aussprach. Sturm brach in der Kammer bei der Rede des Deputierten Hove aus, der die Tätigkeit des Untersuchungsbandenschusses über die blutigen Heberereignisse scharf kritisierte. Der Vorsitzende dieser Kommission, Bonnevay, wies diese Angriffe energisch zurück. Das gleiche tat der damalige linksradikale Ministerpräsident Daladier. Dabardier wies darauf hin, daß unter seiner Regierung die Goldreserven der Bank von Frankreich bedeutend größer, die Zahl der Arbeitslosen aber um 130.000 geringer war.

Anschließend ergriff der Deputierte Frot das Wort, der während der Februar-Ereignisse Innenminister war und seither von den reaktionären Kreisen maßlos angefeindet wird. Frot erklärte, zwei Jahre lang auf die übelsten Angriffe geschwiegen zu haben. Unter großem Beifall bekannte er sich dazu, in der kritischen Zeit die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen zum Schutz des Parlamentes und der Regierung ergriffen zu haben. Die Behauptung, daß die

öffentliche Meinung des Landes gegen diese Maßnahmen war, werde bei den nächsten Wahlen gebrüht werden. Die Linksparteien bereiteten Frost eine große Ovation.

Der Führer der „patriotischen Jugend“ wandte sich scharf gegen die Forderung nach Auflösung der Ligen und beschuldigte die Kommunisten der Vorbereitung des Bürgerkrieges. Desgleichen nahm Deputierter Vallat die Feuersprenger in Schutz.

Vor der Abstimmung werden der Innenminister und der Ministerpräsident Laval auf die Interpellationen antworten.

Vor der Entscheidung Vier Fragen der Radikalen

Paris. Der radikale Klub beschloß, der Regierung vier präzise abgefaßte Fragen darüber vorzulegen, wie sie die Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und Freiheiten sicherstellen und wie der Staatsminister die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Radikalen vermitteln will.

Der Sozialistische Klub und der jüngst gegründete Klub der vereinigten Parteien der „Sozialistischen Union“ beschloßen, gegen die Regierung zu stimmen.

